

Calmer Tagblatt

Nr. 273 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennig, Familienanzeigen 8 G. Pf., Reklamen 30 G. Pf., Ruf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Mittwoch, den 21. November 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Zuzahlung 175 Millionen M., wöchentlich, Postbezugspreis 175 Millionen M., ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Im Reichstag sollte gestern eine Erklärung des Reichsanzlers erfolgen. Der Kommunist Kemmele aber protestierte in unparlamentarischer Weise gegen die Anwesenheit von Schutzpolizisten, weshalb der Reichstagspräsident die Sitzung auf Donnerstag vertagte.

Da die Sozialdemokraten wie die Deutschnationalen gegen das Kabinett Stresemann sind, ist, wie schon gestern angedeutet, eine Regierungs- bzw. Reichstagskrise in ernste Nähe gerückt.

Die deutschen Sachverständigen, die am Freitag vor der Reparationskommission die Erklärungen über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage abgeben sollen, sind gestern abend nach Paris gereist.

Die Separatisten in der Pfalz dehnen ihre Gewalt Herrschaft aus; die Besetzung von Ludwigshafen wurde angekündigt. Dagegen haben sie im Siebengebirge eine fürchterliche Abfuhr erlitten, wobei sie über hundert Tote verloren.

Die Botschafterkonferenz der Entente ist wiederum vertagt worden, da der englische Vertreter sich noch endgültige Instruktionen bezüglich der Haltung seiner Regierung zu den Fragen der Militärdiktatur und der Einreise des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland einholen muß. Ein Kompromiß zwischen der englischen und französischen Auffassung ist jedoch zu erwarten.

Reichsbankpräsident Havenstein ist an einem Herzschlag gestorben.

Reichstag.

Beginn der politischen Aussprache. — Kommunistische Angelegenheit — deshalb kurze Vertagung.

Berlin, 20. Nov. Der Reichstag, der heute wieder zusammentrat, genehmigte bei schwacher Besetzung des Hauses zunächst Verträge mit der Schweiz, Portugal und Polen über steuerliche und wirtschaftliche Fragen. Vor Eintritt in die politische Aussprache wurde ein von den Kommunisten gestellter Vertagungsantrag abgelehnt. Als erster Redner bedauert Abgeordneter Weis (Soz.), daß die Regierung, die nach dem Austritt der Sozialdemokraten doch anders gerichtet sei, nicht mit einer programmatischen Erklärung aufwarte. Er stellt als Ziel der Sozialdemokratie die Vereinigung der europäischen Staaten und eine einheitliche deutsche Republik fest und wendet sich dabei gegen eine Politik der bürgerlichen Sonderinteressen, die mit einer vorübergehenden Preisgabe der besetzten Gebiete spiele. Der jetzige Belagerungszustand sei eine Schande für Deutschland. Einer Regierung, die die Entwicklung dieser Dinge nicht verantworten könne, bringe seine Partei kein Vertrauen entgegen. Seine Partei wolle gegen die Reichsverderber kämpfen, ebenso für ein einheitliches und freies Deutschland. Der deutschnationale Dr. Herget bedauert ebenfalls das Fehlen einer Erklärung des Reichsanzlers zu Beginn der Aussprache. Sein Kabinett habe nur Mißerfolge geschaffen und der Reichsanzler müsse daraus seine Konsequenzen ziehen. Gleich den Sozialdemokraten können auch seine Freunde dieser Regierung kein Vertrauen entgegenbringen. Ein völliger Kurswechsel sei erforderlich im Verein mit der Beseitigung des Marxismus. In die neue Bewegung könne er keine großen Hoffnungen zu einer Besserung setzen, da Dr. Schacht ein ausgesprochener Feind der neuen Rentenmark sei. Seine Partei sei für Verhandlungen mit den Alliierten, nicht aber mit den Franzosen allein. Vom Reichsanzler verlangte er eine unzweideutige Erklärung über die geplante Politik im besetzten Gebiete. Eine Lösung aus all den gegenwärtigen Schwierigkeiten erhofft Redner durch die Bildung einer Rechtsregierung, die auch die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen werde. Man dürfe von dieser Regierung nicht ohne Weiteres eine Diktatur erwarten, denn sie werde Parlament und Parteien nicht ganz ausschließen. Männern wie Kahr würde Redner die Lenkung der Geschicke bei der neu zu bildenden Rechtsregierung anvertrauen. — Nach diesen Reden war geplant, Dr. Stresemann das Wort zu geben. Dies scheiterte aber an dem ungebührlichen Benehmen des kommunistischen

Abgeordneten Kemmele, der sich über die Anwesenheit von Kriminalpolizisten im Sitzungssaal in seiner Sicherheit bedroht fühlte. Das rabiate Verhalten des kommunistischen Abgeordneten Kemmele veranlaßte den Präsidenten Loebe zur Hinausweisung des kommunistischen Abgeordneten. Da dieser der Aufforderung zunächst keine Folge leistete, wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen und, als Kemmele bei der Wiedereröffnung der Sitzung auf seiner Weigerung, den Saal zu verlassen, beharrte, vertagte man das Haus kurzerhand auf Donnerstag mittag 1 Uhr.

Der sachliche Grund der Vertagung.

Berlin, 21. Nov. In einer Unterredung mit einem Redaktionsmitglied des „Berliner Tageblatts“ erklärt der Reichstagspräsident Loebe über seine Haltung gegenüber dem renitenten kommunistischen Abgeordneten Kemmele, er habe von dem ihm zustehenden Recht, die gewalttätige Entfernung eines Abgeordneten durchzuführen, keinen Gebrauch gemacht, weil er damit gerechnet habe, daß nach der Entfernung des Abgeordneten Kemmele die übrigen Kommunisten ähnliche Ständaktionen hervorrufen würden, was weiter gewalttätige Entfernung von Abgeordneten und die Verzögerung der Sitzung auf Stunden zur Folge gehabt hätte. Es sei ihm unzumutbar erschienen, der Rede des Reichsanzlers im gegenwärtigen Moment einen derartigen Hintergrund zu geben. Vor der Vertagung des Reichstags auf Donnerstag habe er sich mit dem Reichsanzler in Verbindung gesetzt, der gegen eine solche Vertagung keinen Widerspruch geltend gemacht habe. — Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, wurde in einer Besprechung zwischen dem Reichstagspräsidenten und den Führern der Parteien nach der Vertagung des Reichstags anerkannt, daß das Verhalten des Präsidenten durchaus der Geschäftsordnung entsprach.

Die neue Krise für die Reichsregierung.

Berlin, 20. Nov. Vor der heutigen Reichstagsitzung fanden, den Blättern zufolge, noch einige Beratungen der Fraktionen und eine Sitzung des Kabinetts statt. Es herrschte der Eindruck vor, daß der Reichsanzler den Wunsch habe, möglichst rasch eine klare Entscheidung herbeizuführen. Man einigte sich dahin, die Debatte am Donnerstag zu Ende zu bringen, an welchem Tage dann auch die Entscheidung über die drei Mißtrauensvoten fallen werde. Das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten beschloßen, gegen sämtliche Mißtrauensanträge zu stimmen. Sie bringen aber ihrerseits keinen Vertrauensantrag ein, da er keine Aussicht auf Annahme hat. Wie die Blätter hören, will sich aber der Reichsanzler mit einem indirekten Vertrauensvotum, das durch Ablehnung der drei Mißtrauensanträge gegeben wäre, nicht begnügen.

Um Ruhr und Rhein.

Der Reichsinnenminister über die Politik gegenüber dem Rheinland.

Berlin, 20. Nov. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Tageblatts“ erklärte der Reichsinnenminister des Innern, daß er bei jeder Gelegenheit sich gegen alle separatistischen und Loslösungsbestrebungen im Rheinland gewandt habe. Die Demokraten, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen bildeten am Rhein eine Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung aller Ablösungsbestrebungen, auch solcher, die sich auf eine etwaige Loslösung von Preußen richteten. Die gegenwärtigen unerträglichen Verhältnisse in der Rheinprovinz machten jedoch eine erweiterte Selbstverwaltung der Rheinlande auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete unumgänglich notwendig, um aus den fürchterlichen Schwierigkeiten der Okkupation herauszukommen. — Entgegen anders lautenden Mitteilungen sind die gestrigen Besprechungen mit den Vertretern des besetzten Gebiets nicht ergebnislos abgebrochen worden, sondern haben vielmehr zu einer Klärung geführt.

Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet.

Berlin, 20. Nov. In der Presse wurde die Frage aufgeworfen, ob sich nicht statt der Auszahlung von Papiermark an die Erwerbslosen die Lieferung von Lebensmitteln empfiehlt, um die Entwertung der Leistungen möglichst zu vermeiden. Hierzu wird darauf hingewiesen, daß im Reichsarbeitsministerium bereits in der vorigen Woche ein solcher Plan mit den beteiligten Stellen besprochen wurde. In einer weiteren Sitzung am Montag wurde grundsätzliche Uebereinstimmung mit den beteiligten Stellen, den Regierungen der Länder, den Regierungspräsidenten und den Kommunalverwaltungen, erzielt. Die Gemeinden des besetzten Gebietes werden demgemäß die Möglichkeit erhalten, die Erwerbslosenunterstützung je nach Lage der Versorgung ganz oder teilweise in Lebensmittel zur Auszahlung zu bringen. Dieses Verfahren verspricht eine bessere Auswertung der zur Verfügung stehenden Geldmittel für einen längeren Zeitraum und wird auch in Verbindung mit der privaten Hilfsstätigkeit des In- und Auslandes die Ernährung der besetzten Gebiete erleichtern.

Abreise der deutschen Delegierten nach Paris.

Berlin, 20. Nov. Die deutschen Delegierten, die am Freitag vor der Reparationskommission in Paris die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands darlegen sollen, reisen laut „Vossische Zeitung“ heute abend von Berlin ab. Die Delegation steht unter dem Vorsitzenden der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer.

Gegen englische Verleumdungen.

Berlin, 20. Nov. Der politische Beobachter des „Daily Telegraph“ behauptet, General von Seekt habe aus Rußland alle deutschen Offiziere zurückberufen, die in Sondermissionen bei der Roten Armee, wie in Munitionsfabriken beschäftigt seien. Die an die Sowjets gegebene amtliche Erklärung habe gelautet, daß die Reichswehr alle ihre Offiziere benötige. — Die Meldung ist, wie von amtlicher Seite festgestellt wird, in vollem Umfang frei erfunden. Die Reichswehr hat Offiziere aus Rußland nicht zurückberufen können, weil niemals solche in Sondermissionen bei der Roten Armee oder in russischen Munitionsfabriken beschäftigt gewesen sind.

Französische Militärinspektion im besetzten Gebiete.

Paris, 20. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf ist Marschall Petain heute vormittag unerwartet zu einer Inspektionsreise dort eingetroffen.

Zur Vertagung der Botschafterkonferenz.

Paris, 21. Nov. Die Agence Havas berichtet, daß in französischen Kreisen die nochmalige Vertagung der Sitzung der Botschafterkonferenz keineswegs als der Beweis für das Auftreten neuer Schwierigkeiten betrachtet werde. Man berücksichtigt, daß die englischen Minister durch die Wahlkampagne stark beschäftigt seien. Außerdem sei Lord Curzon augenblicklich unspätlich. Schließlich handele es sich, wie man wisse, darum, den Text der an die deutsche Regierung zu richtenden Noten festzulegen und für gewisse Forderungen eine Wahl unter den verschiedenen von den Botschaftern vorgeschlagenen Formeln zu treffen. Trotz der Vertagung bleibe die Möglichkeit eines Ausgleiches zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt vollkommen bestehen.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Entente.

Um die Militärkontrolle und die Kronprinzenfrage.

Paris, 20. Nov. Ueber die Kompromißformel, die die Botschafterkonferenz gefunden und den alliierten Regierungen zur Annahme empfohlen hat, berichtet das „Echo de Paris“ unter Befestigung dessen, was das W.T.B. bereits gestern abend berichtet konnte: Das englische Kabinett hat gestern vormittag

Börse zeigte sich doch waren die indige Zahlungsprogramm gesunde Weizen 23,50 bis Roggen 21—22, Mehl 42—44, Kleie gepreßtes Stroh
 Wirtschaftlichen Milchbedarfs—30. November Goldpfennigen sichtbar entweder Rentenmark, oder Form von Paan am Tage der
 waren 52 Räu Paar Läufer Milchschweine Markt in Win rfschweine zuge lehtere 9—12 bhäft. Die Zu Weizen, 82 Ztr. 3 Ztr. Roggen. Gerste 3,6—4,5; darf je pro Ztr. en waren 139 verkauft wurden hweine kosteten Billionen M.
 chranne nomark pro Dopp ggen 25, Gerste
 an den Oberen und Wirtschaftlichen Vereinen
 ann, Calw. Secret Calw
 an an
 ebersberg
 n. Damen-eider t, repariert d hügelst gken Preisen Balz, Witwe straße 368.
 sehr guterhaltene hmachermaschine zu verkaufen. agt die Geschäfts-Bl.
 Monate altes
 verkaufen ober gen zu verkaufen lker, Station bach-Salmbach.
 allbetten, Kinderbett, dir. e. Katal. 48 S frei selbstfabrik Suhl Thür.

durch seinen Vorkämpfer erklären lassen, man solle eine Aufforderung an die deutsche Regierung richten, damit sie gestatte, daß die Militärkontrolle in dem Maße ihrer Autorität wieder aufgenommen werde. General Nollet und seine Kollegen würden Auftrag erhalten, in jedem besonderen Fall den guten oder schlechten Willen Deutschlands festzustellen. Aber die Downing Street weigerte sich, irgendwelche Sanktionen in eine derartige Aufforderung einzuschreiben zu lassen. Jede interaktive Sanktionsandrohung könne nach englischer Auffassung nur den Wirtswart in Deutschland vergrößern. Andererseits bestreite die Downing Street auf Grund des Friedensvertrag und der durch das französische Ministerium im April 1920 unterzeichneten Erklärung Frankreichs das Recht, die Sonderaktion durchzuführen. Angesichts dieser Lage hätte die französische Delegation mit Jules Cambon an ihrer Spitze den Standpunkt vertreten, daß eine neue Anstrengung gemacht werden müsse, um einen Bruch zu verhindern. Die französische Regierung habe niemals die Absicht gehabt, bei der augenblicklichen Lage neue militärische oder territoriale Sanktionen durchzuführen. Die augenblicklich besetzten Gebiete genügen sowohl als Reparationsinstrument als auch, wenn es nötig sein sollte, als Sicherheitsinstrument. Was die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen anbetrifft, die man durch alle Alliierten hätte zur Anwendung bringen wollen, so ergreife man sie ja, ohne Aufsehen zu erregen, jeden Tag in der Ausführung der Politik vom 11. Januar. Gewiß hätte man vorgezogen, wenn man die Alliierten hätte überzeugen können und wenn es gelungen wäre, ihre Zustimmung zur Ruhrpolitik zu gewinnen. Aber es wäre doch unnötig gewesen, sich auf etwas zu versteifen, was die Alliierten nicht näher gebracht hätte, sondern sie noch mehr voneinander entfernen würde. Was den Kronprinzen anbetrifft, so liege seine Verzichtleistung auf die Krone vom 1. Dezember 1918 vor und die deutsche Regierung habe auch erklären lassen, daß sie dem Kaiser die Rückkehr auf deutsches Gebiet verweigere. Das sei eine neue Aufgabe, von der man für den Augenblick Kenntnis zu nehmen habe.

Paris, 20. Nov. Nach einer Meldung aus Brüssel hat Minister Theunis nach dem gestrigen Ministerrat Journalisten erklärt, die belgische Regierung stimme dem Kompromiß der Vorkämpferkonferenz in der Angelegenheit der Militärkontrolle und in der des Kronprinzen bei.

Belgische Annäherung.

Brüssel, 21. Nov. In der Kammer äußerte sich gestern Außenminister Jaspar noch über die Ernennung der Sachverständigen und über die englisch-französisch-amerikanischen Verhandlungen, wobei er auf die dauernden Bemühungen Belgiens zur Aufrechterhaltung der westeuropäischen Entente hinwies. Hinsichtlich der Kontrolle über die Entwaffnung Deutschlands sagte er, sie müsse und werde aufrecht erhalten werden. Wenn die Reparationsfrage nicht Gegenstand eines Vergleiches für Belgien sein könne, so könne die Sicherheit des Landes ebensowenig Gegenstand eines Vergleiches oder Zugeständnisses sein. Zu dem Leipziger Zwischenfall bemerkte Jaspar, er werde strenge Sanktionen verlangen. Hinsichtlich der Angelegenheit Graffs habe Belgien dem Deutschen Reich mitgeteilt, daß Belgien, wann die geschuldigte Summe nicht bis zum 25. Nov. gezahlt sei, es sich selbst in den besetzten Gebieten bezahlt machen werde. Die entsprechenden Befehle seien gegeben und würden ausgeführt werden. Am Schluß forderte der Minister die Kammer auf, eine geschlossene Haltung einzunehmen. — Anschließend sprach der Sozialist Vandervelde, der erklärte: Wir stimmen mit der Regierung vollkommen darin überein, daß wir Reparationen erhalten müssen, aber wir sind anderer Meinung hinsichtlich der zur Erreichung dieses Zieles anzuwendenden Mittel.

Baldwin verteidigt seine Schutzzollpolitik.

London, 19. Nov. In einer Rede, die Baldwin in einer Massenversammlung der Unionisten in der hiesigen Queenshall hielt, verbreitete er sich über die Arbeitslosenfrage und seine zollpolitischen Vorschläge. Baldwin führte aus, welche Aussichten auf die Wiederkehr normaler Verhältnisse in Europa auch immer vor einem Jahr vorhanden gewesen seien, so bestehe jetzt keine Hoffnung, sie unmittelbar oder selbst in naher Zukunft zu erleben. Großbritannien leide in Bezug auf seinen Handel mehr als irgend ein anderes Land. Frankreich und Belgien sind, so sagte Baldwin, sicherlich in der Lage, England gegenüber eine tatsächliche oder mögliche Konkurrenz von deutlicher Schärfe zu üben. Wir können nicht auf eine Neuregelung in Europa warten. Wir müssen für uns selbst sorgen. Der Premierminister erklärte, er glaube, daß die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen die Arbeitslosigkeit mildern würden und fuhr fort: Die Zeit ist gekommen, daß wir nicht länger fortfahren können, unbewaffnet zu kämpfen. So wichtig der Außenhandel auch ist, wir müssen uns um den Binnenhandel kümmern, den wir solange vernachlässigt haben.

Degoutte gegen Stinnes?

Paris, 19. November. Der „New-York Herald“ legt die bis jetzt bekannt gewordene neue Verordnung des Generals Degoutte über die Entlassung von Arbeitern wie folgt aus: Stinnes und seine Genossen müßten auf Gefängnisstrafen rechnen, falls sie der französischen und belgischen Forderung nicht nachkommen und zu denselben Bedingungen wie Krupp und Wolff Abmachungen treffen. Seit Wochen hätten die französischen und belgischen Sachverständigen nach einer Möglichkeit gesucht, auf die deutschen Großindustriellen einen Druck auszuüben;

Amtliche Bekanntmachung.

Auswanderung.

Am Donnerstag, den 22. November, nachmittags von 3—6 Uhr, findet auf dem Oberamt Calw eine Auswandererberatung durch den Vertreter des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart statt, worauf die Auswanderungslustigen hingewiesen werden.

Calw, den 20. November 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

aber Stinnes habe sich bis jetzt sorgfältig im gesetzlichen Rahmen gehalten. Die Nachricht, daß er beabsichtige, im Ruhrgebiet durch eine allgemeine Aussperrung eine Verständigung zu verhindern, habe General Degoutte veranlaßt, von Poincaré die Erlaubnis zu erbitten, Stinnes gegenüber bis zum äußersten vorzugehen. Diese Erlaubnis sei ihm sofort erteilt worden und nach Ansicht gut unterrichteter Kreise könne jetzt nur noch das Nachgeben von Stinnes es verhindern, daß er vor Ende dieser Woche verhaftet werde.

Degoutte verbietet Arbeiterentlassungen im besetzten Gebiet.

Essen, 19. Nov. General Degoutte erließ eine sofort in Kraft tretende Verordnung, wonach den über 500 Personen beschäftigenden Unternehmen im besetzten Gebiet verboten wird, eine Gesamtentlassung von Arbeitern und Angestellten vorzunehmen. Auch eine teilweise Entlassung von Arbeitern und Angestellten sei verboten, wenn sie die Folge eines Beschlusses der Arbeitgebervereinigung sei. Für Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren und Geldstrafen bis zu 100 000 Goldmark oder eine dieser Strafen angedroht.

Blutige Kämpfe mit den Sonderbündlern im Siebengebirge.

Köln, 20. Nov. Ueber die blutigen Kämpfe zwischen dem Selbstschutz des Siebengebirges und Sonderbündlern berichtet die „Kölnische Zeitung“ noch, daß die Zahl der dabei getöteten Sonderbündler mit 120 nicht zu hoch angegeben sei. Die in Honnef untergebrachten Sonderbündler hatten durch Plünderungen und Gewalttaten die Erbitterung der Stadt- und Landbevölkerung aufs äußerste gesteigert. Schon am vergangenen Dienstag wurden in Rheindreibach fünf Sonderbündler aus einem Kraftwagen herausgeholt und erschlagen. Im ganzen Siebengebirge bildete sich inzwischen ein Selbstschutz, dem alle Parteien angehören. Als in Hölfel ein im Automobil angekommener Trupp Sonderbündler wieder plündern wollte, griff der Selbstschutz ein, von dessen Mitgliedern 1 Mann durch einen Schuß des Autoführers getötet wurde. Ueber das Schicksal dieser Sonderbündler ist nichts bekannt. Ein zweites Auto mit 30 Sonderbündlern, das dem ersten folgen wollte, kehrte um, wurde aber von dem Honnefer Selbstschutz aufgehalten. Von 30 Mann wurden 23 erschlagen. Als am Freitag morgen etwa 200 Sonderbündler gegen den Selbstschutz vorgehen wollten, kam es im Honnefer Stadtwald zu stundenlangen Kämpfen, in deren Verlauf 70 Sonderbündler getötet und 50 gefangen genommen wurden.

Der Geldraub geht fort.

Essen, 20. Nov. Am 14. d. M. sind die Franzosen wiederum in die Druckerei von W. Girardet eingedrungen und haben dort 200 Billionen Mark fortgenommen.

Die Separatisten in der Pfalz.

Ludwigshafen, 20. Nov. Vom Standpunkt der Regierung der Pfalz ist schließlich dem grenzenlosen Umflug der sogenannten wilden Börsen, die sich neuerdings auf den Straßen und Plätzen der Städte breit machten, entgegengetreten worden.

Mannheim, 20. Nov. Wie wir von der alten Regierung der Pfalz hören, soll die Lage in der Pfalz unter der separatistischen Regierung die gleiche geblieben sein. Seitens der separatistischen Regierung der Pfalz wurde dem Bezirksamt in Ludwigshafen angekündigt, daß in den nächsten Tagen die Besetzung der Stadt Ludwigshafen durch die Separatisten erfolgen soll. In dem Schreiben an die Stadt wird betont, daß die Separatisten bei der Besetzung von Ludwigshafen keine feindselige Haltung annehmen werden und daß der Wunsch ausgedrückt wird, daß eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den alten und den neuen Behörden erzielt werden soll. Wie wir weiter hören, soll seitens der separatistischen Regierung zu Speyer neuerdings Anwerbung von Leuten stattfinden, welche vermutlich zu Polizeitruppen ausgebildet werden sollen. In Schifferstadt fand ein blutiger Kampf zwischen den Separatisten und der Bevölkerung statt, wobei letztere 2 Tote, die Separatisten mehrere Verwundete gehabt haben sollen. In Neustadt wurden 7 Bürger als Geiseln verhaftet, weil sie im Zusammenhang mit der Schlacht bei Hahnhof und Lambrechts, wobei 6 Separatisten getötet worden seien, stehen sollen. In Pirmasens sind Spahis eingetroffen, wahrscheinlich als Vorbote der in den nächsten Tagen einziehenden Separatisten. Sonst ist die Lage ruhig. Die von den Nachrichtenagenturen gebrachte Meldung über die Ver-

haftung des Oberregierungsrats Jakobs bestätigt sich nicht. Er befindet sich nach wie vor auf seinem Posten. — In Kaiserslautern wurde der Landgerichtspräsident Müller von den Separatisten verhaftet, weil er eine auf dem Landgerichtsgebäude gehißte Flagge der Separatisten entfernt haben soll. Es wird mit weiteren Ausweisungen von Beamten gerechnet.

Norwegische Hilfsaktion für notleidende Kinder in Deutschland.

Christiania, 19. Nov. Die Nachrichten der letzten Zeit über die katastrophal wachsende Not in Deutschland, haben der norwegischen Hilfsaktion einen neuen Antrieb gegeben. Besonders die Not der Kinder rührt alle Herzen. Unter Führung von aus ihrer charitativen Tätigkeit rühmlichst bekannten Persönlichkeiten wie Advokat Nagelshon, Gutsbesitzer Ellefvinges, Fräulein Fanny Schnelle, hat sich ein norwegisches Zentralkomitee gebildet, dem sich im ganzen Lande zahlreiche Ausschüsse angegliedert haben. Schulen und Vereine eröffnen Bazare. Künstlerische Kräfte ersten Ranges gaben vorgestern ein Konzert zugunsten der Kinder deutscher Professoren und Künstler im größten Saal der Stadt, der sich bis auf den letzten Platz füllte. Die gesamte Presse wirkt in Aufsehen und veranstaltet selbst Sammlungen. Allein „Aton Posten“, „Tidens Tegn“ haben bisher 28 bzw. 23 000 Kronen gesammelt. Für die Hilfsaktion laufen täglich etwa 10 000 Kronen ein. Daneben werden Naturspenden, wie Kakao, Mehl, Lebertran usw., gesammelt. Die erste Sendung überbringt Gutsbesitzer Ellefvinges, der heute Christiania verläßt.

Die amerikanischen Farmer für Lebensmittelhilfe an Deutschland.

Berlin, 19. Nov. Nach der „B. Z.“ werden die Führer der amerikanischen Farmerbewegung, die sich in den letzten Tagen in Berlin aufhielten, heute Essen besuchen und von dort aus eine Eifelsfahrt unternehmen, um sich über die landwirtschaftlichen Verhältnisse im gesamten Ruhrgebiet zu unterrichten. Die Delegation habe erklärt, daß nach ihrer Meinung Deutschland mindestens dieselbe Hilfe gewährt werden müsse, wie man sie Japan, China, Indien und Rußland angeeignet ließ. Sie sei der Ueberzeugung, daß die öffentliche Meinung Amerikas die Washingtoner Regierung veranlassen werde, das Hilfswerk für Deutschland sofort in Angriff zu nehmen. — Die amerikanischen Landwirte möchten eben in erster Linie ihren seit Jahren aufgespeicherten Weizen loswerden, deshalb legen sie sich so ins Zeug.

Vermischte Nachrichten.

Reichsbankpräsident Havenstein †

Berlin, 20. Nov. Wie die Reichsbank mitteilt, ist heute morgen der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. von Havenstein, gestorben.

Berlin, 21. Nov. Der Reichskanzler hat an die Witwe des verstorbenen Reichsbankpräsidenten Havenstein im Namen der Reichsregierung ein Beileidstelegramm gerichtet, in dem der hervorragenden Verdienste des Verstorbenen gedacht wird.

Die Frauen Bozens für die deutsche Schule.

Es wird der „Trkf. Ztg.“ berichtet: In einem langen Zuge erschienen am 3. November einige hundert Frauen in Bozen vor dem Gebäude der Unterpräfektur, um für die Beseitigung des Regierungserlasses zu sprechen und zu bitten, der die deutsche Sprache an den Volksschulen verbietet. Manche der Frauen, zusammengekommen aus allen Ständen, trugen Kinder auf den Armen, viele sah man mit Einkaufskörben. Erregt und aufgebracht empfing Unterpräfekt Vokis die Deputation. Dieser verlangte vor allem den Rückzug aller der Frauen, die an der Kundgebung teilgenommen hatten. Dies war aber nicht so leicht ausführbar. Inzwischen hatten sich auch einige faschistische Führer eingefunden. Der Unterpräfekt verwies sofort auf die große Gefahr, welche diese Kundgebung den Männern der Frauen bringen könne. Aber er hörte die Wünsche der Abordnung dennoch an. Frau Numeller forderte nicht, sie bat im Namen der deutschen Mütter und der Kinder um die Abwendung des Unheils, das die Einführung der italienischen Unterrichtssprache an den Volksschulen bringen müsse. Diese Maßregel müsse Entfremdung zwischen Eltern und Kindern bringen. Wenn man, schloß Frau Numeller, in diesem Augenblick unser ganzes Bergvolk aufrufen wollte, käme es aus über 200 000 Müttern: „Nicht unsere heiligsten Gefühle ... laßt uns die Muttersprache ... laßt uns die deutsche Schule ... Wir sind friedliebend und untertänig, dürfen aber doch verlangen, daß man uns gerecht und mit etwas mehr Liebe entgegenkommt und nicht stets mit der Peitsche droht, denn wir leben im 20. Jahrhundert und sind keine Sklaven des alten Rom!“ Die mutige Sprecherin wurde vom Unterpräfekten wiederholt unterbrochen mit Bemerkungen, wie „Ausgeschlossen! Undenkbar!“ Sie müssen Staliener sein! Der Beamte vertrat also das faschistische Regime pflichtgetreu.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. November 1923.

„Argentinien als Einwanderungsland“.

Unter gewaltigem Jubel hat an 5 Abenden in Stuttgart die Vorführung des hochinteressanten Films des Deutschen Volksbunds in Argentinien „Argentinien als Einwanderungsland“ für Württemberg begonnen. Das Deutsche Ausland-Institut, dem der Film zur Vorführung nicht nur in Stuttgart, sondern auch in anderen württembergischen Städten übergeben worden ist, hat sich entschlossen, den Film, vielseitigen Wünschen entgegenkommend, auch in Calw zu zeigen, wo die Vorführung am morgigen Donnerstag, abends von 8 Uhr ab, im Lichtspielhaus zum „Badischen Hof“ stattfinden wird. In einer Zeit, in der in ganz Deutschland der Auswanderungsgedanke infolge der immer größeren wirtschaftlichen Not die weitesten Kreise bewegt, dürfte das Filmwerk des Deutschen Volksbunds auch in Calw des Interesses aller Teile der Bevölkerung sicher sein. Der Film zeigt in seinem ersten Teil die Ausschiffung der Einwanderer im Hafen von Buenos Aires, ihre Aufnahme und Verköstigung im Einwandererhotel, die Stellenvermittlung und Beratungstätigkeit des Deutschen Volksbunds und des Bundes zum Schutze germanischer Einwanderer in Buenos-Aires und gibt gute und anschauliche Bilder vom Leben und Treiben in der argentinischen Hauptstadt. Die vier anderen Teile des Films sind dem Leben des deutschen Siedlers im Inneren Argentinien gewidmet. Sie zeigen, wie er als Obstpflanzer und Viehzüchter im nördlichen Gebiet Argentinien spielt, führen dann in die unermesslichen Ebenen der Provinz Santiago del Estero, wo eine Kultur nur unter Zuhilfenahme künstlicher Bewässerung möglich ist, während die beiden letzten Teile des Films im nördlichen Gebiet Argentinien spielen, wo der deutsche Siedler bei der schweren Arbeit der Urwaldrodung im Misiones und bei der Urbarmachung der zum Teil noch unerforschten Ebenen des Chacogebietes gezeigt wird. Besonders begrüßenswert ist, daß das Deutsche Ausland-Institut dem interessanten Film einen sachkundigen Redner beigegeben wird, der zu den einzelnen Bildern die notwendigen Erläuterungen zu geben vermag.

Sperre der Rentenmark.

Das S.C.B. schreibt: Während die neue Rentenmark in norddeutschen Großstädten schon vorige Woche ausgegeben wurde, ist sie bei der Stuttgarter Reichsbank dem Vernehmen nach erst am Montag eingetroffen. In Berlin steht man auf dem Standpunkt, daß die Württemberger warten können, und papierene Proteste, die gelegentlich von Stuttgart nach Berlin wandern, werden dort als Papierformulare eingeschätzt. Zu allem hin hat die Stuttgarter Reichsbank heute bekannt gegeben, die Ausgabe der Rentenmark sei am Dienstag gesperrt. Zweifellos hängt das damit zusammen, daß der Dollar heute beträchtlich stieg. Im übrigen bedeutet die ganze Behandlung dieser Angelegenheit eine schwere Schädigung der württ. Geschäftswelt.

Der Abg. Kühle (Ztr.) hat folgende Kleine Anfrage an das Finanzministerium eingereicht: Durch die sprunghaft fortschreitende Geldentwertung werden die ausschließlich in Papiermark ausbezahlten Bezüge der württ. Staats- und Gemeindebeamten in einer Weise entwertet, die für die Betroffenen eine schwere Schädigung bedeutet. Die heute, am 20. Nov. vorm. ausbezahlten Gelder waren nachmittags um 3 Uhr bereits um zwei Fünftel

entwertet. Was gedenkt das württ. Finanzministerium zu tun, um zu erreichen, daß die württ. Staats- und Gemeindebeamten unverzüglich in den Besitz des ihnen zustehenden wertbeständigen Geldes kommen, zumal die im Lande angestellten Reichsbeamten und insbesondere die in den Berliner Zentralstellen tätigen Beamten schon seit geraumer Zeit namhafte Teile ihrer Bezüge wertbeständig ausbezahlt erhalten? Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Dazu wird aus Berlin gemeldet: Der für heute angekündigte Verkauf von Rentenmark durch die Reichsbank wurde aus technischen Gründen ausgefetzt. Nur an den Lebensmittelhandel wurden Rentenmark gegen Ausweis abgegeben. Die Sperre der Ausgabe von Rentenmark gilt nur für heute. Am Donnerstag soll die Rentenmark von der Reichsbank wieder allgemein abgegeben werden.

Gegen die willkürliche Erhöhung der Grundpreise.

S.C.B. Stuttgart, 19. November. Im württembergischen Landtag hat der sozialdemokratische Abg. Keiber folgende Kleine Anfrage eingebracht: Nachdem die Einführung der Goldwährung vor der Tür steht, ist es Pflicht der Reichs- und Landesregierung, dahin zu wirken, daß die Grundpreise für Lebensmittel und sonstige notwendige Verbrauchsartikel der Bevölkerung dem Stand vom 1. Juli 1914 angepaßt werden. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die Preise für Lebensmittel sogar zum Teil mit behördlicher Erlaubnis ohne Rücksicht auf den Stand des Dollars in die Höhe gehen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger dagegen erhalten noch keine wertbeständige Zahlung, wo diese aber eingeführt wird, beträgt der zur Umrechnung angewendete Grundpreis nur ein Drittel bis die Hälfte des Friedenslohnes. Es geht nicht an, daß die Nachteile des ganzen Währungselendes allein auf diese Kreise abgewälzt werden. Ist die Regierung bereit, diesem unhaltbaren Zustand abzuwehren? Ist sie weiter bereit, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß endlich eine Parität zwischen Gold- und Papierwährung hergestellt und der Grundpreis allgemein auf den Stand vom 1. Juli 1914 zurückgeführt wird?

Martinsmoos, 17. Nov. Unser langjähriger Gemeindepfleger und Waldmeister Geiger ist dieser Tage infolge seines hohen Alters und in Anbetracht der kolossalen Geldbeträge, die ein Gemeindepfleger heute umzusetzen hat, von seinem Amt zurückgetreten. Herr Geiger hat 37 Jahre lang die hiesige Gemeindepflege inne gehabt und dürfte sowohl in Bezug auf sein Lebensalter als auch auf sein Dienstalter der Senior der Gemeindepfleger des Bezirks gewesen sein. Für seine langjährigen treuen Dienste hat der Gemeinderat ihm den Dank der Gemeinde in Form der Verwilligung eines monatlichen Gratials ausgesprochen. — Zu seinem Nachfolger als Gemeindepfleger wurde J. G. Seeger, Gemeinderat und als Waldmeister Philipp Faßnacht, Gemeinderat, gewählt.

(S.C.B.) Neuenbürg, 20. Nov. Der 24 Jahre alte verheiratete Kaufmann und Schloffer Richard Jäck von Conweiler hat am Sonntag abend unweit der Hohenek bei Pforzheim die Marie Schönthal, mit der er ein nicht ohne Folgen gebliebenes Verhältnis hatte, beseitigen wol-

len. Sie war Verkäuferin in einem Lebensmittelgeschäft von Pforzheim und stammte gleichfalls von Conweiler. Er lockte sie an den Tatort und überfiel sie dort. Sie wurde bewußtlos und schwerverwundet aufgefunden. Der linke Arm war gebrochen, der rechte zeigte eine Verwundung der Pulsader. Das Mädchen wurde ins Pforzheimer Krankenhaus geschafft und ist jetzt außer Lebensgefahr. Der Täter ist verhaftet und hat im Untersuchungsgefängnis von Pforzheim bereits ein Geständnis abgelegt.

(S.C.B.) Neuenbürg, 20. Nov. Bahnhofswirt Schiele hat in einem Zustand krankhafter Störung Hand an sich gelegt. Die Not und die Aufregungen unserer schweren Zeit veranlaßten ihn zu diesem Schritt.

Mötklingen, 20. November. Am Samstag, den 17. ds. Mts., wurde die Herbst-Hauptübung der hiesigen Feuerwehr abgehalten und gleichzeitig die Prüfung derselben durch den Bezirksfeuerlöschinspektor, Oberamtsbaumeister Riberer, vorgenommen. Die der Feuerwehr gestellte Aufgabe wurde gut gelöst und der Führung der Feuerwehr durch den Präzidenten Anerkennung gezollt; besonders lobend erwähnt wurde auch die gute Instandhaltung der Feuerlösch-Gerätschaften. — Besonderes Interesse wurde geweckt durch das unvermutete Eintreffen der Calwer Kraftfahrprüge mit Mannschaft, deren präzises und rasches Eingreifen den markierten „Brand“ auf seinen Herd beschränken ließ. Das Segenreiche dieser Einrichtung trat klar in Erscheinung, auch das stramme Verhalten der Calwer Mannschaft machte sich durch einen guten Eindruck auf die Landkameraden.

S.C.B. Stuttgart, 19. November. Die Sozialdemokratische Partei Württembergs hielt gestern eine außerordentliche, gut besuchte Landesversammlung ab, die von Regierungs-Direktor Rohmann geleitet wurde. Die Abgg. Wels und Keil sprachen über die politische Lage im Reich bezw. im Lande. In einer Entschließung wurde die Politik der Parteileitung gebilligt. Die Entschließung wendet sich insbesondere gegen die Reaktion, gegen alle auf die Zerstörung des Reiches abzielenden separatistischen Bestrebungen und fordert von der württembergischen Regierung schärfstes Einschreiten gegen alle im Lande hervortretenden Bestrebungen, die auf die Zerstörung der Reichseinheit hinauslaufen. Eine weitere Entschließung wendet sich „gegen die Polizeikandale in Schwemningen“.

(S.C.B. Stuttgart, 20. Nov. Zur Einsetzung der Polizeiwehrein in Ebingen wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: In Ebingen kam es gestern aus Anlaß von Lohnverhandlungen zu einer größeren Demonstration, während die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Rathaus über Lohnsätze verhandelten. Vor dem Rathaus versammelten sich einige tausend Arbeiter, um auf die Verhandlungen einen Druck auszuüben. Die Mitglieder der Verhandlungskommission konnten längere Zeit das Rathaus nicht verlassen. Da weitere Unruhen zu befürchten waren, wurde in der vergangenen Nacht eine Abteilung Staatspolizei nach Ebingen entsandt. Heute Morgen herrschte mit Ausnahme einer kleineren Fabrik in allen Betrieben Arbeitsruhe. Einige Leute, die bei der gestrigen Demonstration sich in heizerischer Weise hervortaten, wurden vorläufig festgenommen. Im Uebrigen ist die Ruhe und Ordnung nicht gestört worden.

Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobsen.

Der Bändiger winkte seinen Begleiter näher heran. „Sehen Sie“, sagte er gedämpft, „im Dunkeln wird die Pupille aller zum Raubgeschlecht gehörigen Tiere kleiner und gewinnt dadurch einen stärkeren Glanz — es ist das Raubgeschlecht der Nacht. Die Sache klingt ganz einfach, aber ich habe die Beobachtung gemacht, daß die Stunde weniger Einfluß hat als die Stimmung. Wenn das Tier angreifen will, wenn es auf Mord sinn, dann tritt die gleiche Veränderung ein, und das ist ein Warner für jeden Dompteur. Geben Sie acht — jetzt! Wenn in diesem Augenblick zwischen uns und der Bestie kein Gitter wäre, dann hätten wir sie unweigerlich an der Kehle; es ist nur ein einziger glühender Punkt, wie der Funke über dem Pulverfaß.“

Zwan trat unwillkürlich einen Schritt zurück. „Teufel auch, Sie haben recht. Kann sowas anstehen?“ „Warum?“ „Nun, als wir vorhin beisammen saßen — so in einem gewissen Augenblick — da hatten Sie genau dieselben Augen. Und nun fällt es mir wieder ein: Ich erzählte Ihnen doch, Luis, wie die Sträflinge um den Hetman herumstanden — es war ein richtiger Funkenregen, und sie trugen sich allesamt mit Mordgedanken.“ „Wissen Sie selbst, was Mord ist, Zwan?“ „Nein“, sagte der Ahtlet leise und schen, „dann hätte man mir nicht bloß zehn Jahre gegeben. Sie sollen sich keine falschen Vorstellungen machen, Luis; es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die russischen Landstrafen nicht übermäßig sicher sind, die Reisenden werden mitunter ein bißchen erleichtert — na ja, das übrige können Sie sich hinzudenken, es ist keine Schande dabei, besonders wenn die Vorziehung den Menschen mit tüchtigen Muskeln ausgestattet hat.“

Nach dieser gedämpften Unterhaltung gingen sie auseinander. Zwan, der hinter dem Zaun Geborene, suchte sich im Pferdehals seine Gasse auf, wo es warm und behaglich war, und wo

auch Pluto, die Dogge des Direktors, zu liegen pflegte. Er kannte es nicht anders und war zufrieden damit.

Der Bändiger aber zog sich in seine Kammer zurück und lag lange wach, obwohl die Tiere nebenan sich ruhig verhielten und alles im Zirkus schlief. Er hatte das Licht brennen lassen und starrte unablässig in eine halbdunkle Ecke — Ivan Kasanoff würde sich trotz seiner Riesensärke vielleicht vor diesen glühenden Augen gefürchtet haben, denn sie brüteten Unheil und hatten den Ausdruck eines Raubtieres angenommen.

Fünftes Kapitel.

Signor Morelli litt bisweilen an Erfindungen. Er wußte ganz genau, daß es mit ihm faste abwärts ging, und griff daher zu dem, was glücklichere Kollegen „Tricks“ nannten — nur griff er nicht immer glücklich.

Und eines Tages kam die Schulfreierin an die Reihe. Sie saßen wieder zusammen auf dem kleinen Sofa, Ulrich und Judica — während der Direktor ihnen gegenüber am Pult hockte und eine Rede hielt.

„Nämlich, Herrschaften“, sagte er, „Sie wissen ja, wie das mit Ihrem Fach geht. Es muß nach altem Herkommen doppelt besetzt sein, und zwar pflegt der männliche Teil den Zirkus zu vertreten. Renz ritt selbst jahrelang die hohe Schule, bis er sich später durch seinen Schwiegerjohn vertreten ließ, und bei meinen anderen Kollegen ist es ähnlich. Ich selbst —“

Der Italiener warf einen kummervollen Blick auf sein rundes Bäuchlein und fuhr fort:

„Na ja, lieber Westen, Sie und Ihr Altmann vertreten mich ja nach besten Kräften, indessen müssen wir doch den Versuch machen, das Interesse des Publikums zu steigern. Ich werde daher die beiden Programmnummern verschmelzen.“

„Wie denken Sie sich das, Herr Direktor?“

„Sehr einfach, Verehrtester. Sie reiten die hohe Schule mit Fräulein Judica zusammen — die beiden Pferde werden sich schon eingewöhnen, und um unsere Reiter habe ich keine Sorge.“

Ich stelle mir das als eine Art Kontreprogramm vor —“

Morelli machte seine beliebte Handbewegung, als ob er eine Nebelwolke von sich scheuchen wollte, und Ulrich mit seinem nächsten ostpreussischen Verband hielt das Ganze wirklich nur für ein unklares Phantasiegebilde; aber Judica wurde plötzlich Feuer und Flamme.

„Das ist eine pikante Idee, Direktorschen, dafür könnte ich Sie beinahe küssen.“

„Ich halte still, liebes Kind.“

„Beinahe, habe ich gesagt. Aber wirklich, wenn ich mir das Bild vorstelle! Die Schimmelstute und der Rappe — die Puffstuhlleiterin und der Husar —“

Ulrich sah das schöne Mädchen zweifelnd an.

„Fürchten Sie nicht, Fräulein Siephany, daß der Husar seine Hand nach einem Blatt Ihres Vorbeerkranzes ausstreckt?“

„Nein, mit Ihnen will ich teilen.“

„Also abgemacht, Herrschaften, morgen beginnen die Proben. Die Ausführung überlasse ich ganz Ihrem Esprit, es ist dem Publikum ganz gleichgültig, ob der Gaul so oder so seine Beine schmeißt — davon versteht kein Mensch auch nur die Bohne!“

Als die beiden das Kontor verließen, sagte Ulrich gedämpft:

„Sie haben es gewollt, Fräulein Siephany, aber es ist ein Verrat an der Kunst.“

„Ich freue mich darauf; die Kunst kann meinetwegen zu Grabe gehen.“

Die Übungen begannen wirklich am nächsten Tage. Judica hatte ein Programm entworfen, das gar nicht übel war und tatsächlich die künstlichen Figuren eines Reigens darstellte; aber vor allen Dingen mußten die beiden Pferde sich miteinander gewöhnen, und das war durchaus nicht einfach, denn der Araber scheute vor dem Trakehner.

So begnügten die Reiter sich während der ersten Probe damit, eine Stunde lang nebeneinander in der Manege zu reiten, und zwar Schulter an Schulter im Schritt, damit ihre Tiere sich gehörig beriechen konnten; und als das erste Ansnatzen vorüber war, bot sich auch die Gelegenheit zu einer Unterhaltung.

(Fortsetzung folgt.)

(SCB.) Wangen bei Stuttgart, 20. Nov. Gestern mit- tag hat sich hier ein 15jähriger Mechanikerlehrling in sei- ner elterlichen Wohnung aus unbekanntem Gründen er- schossen.

(SCB.) Schramberg, 20. Nov. Nach einer stürmischen Nacht zeigte sich gestern die Natur im ersten Schneefleib.

(SCB.) Heilbronn, 20. Nov. Vor einigen Tagen fand ein Gartenlandpächter an der Pfälzstraße blühende und ausgereifte Preßlinge. Nun sind die schönsten reifen Erd- beeren an einem Rain hinter dem früheren Garnison- lazarett gepflückt worden.

(SCB.) Biberach N. Heilbronn, 20. Nov. Borige Woche hat ein junger Mann im Alter von 25 Jahren sei- nem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Der Grund zur Tat ist ein unheilbares Leiden.

(SCB.) Mergentheim, 20. Nov. Bei der auf dem Jagdgebiet des Fabrikanten Hammer im Unterblüger- wald abgehaltenen Treibjagd wurde ein kapitales Wild- schwein, ein Keiler mit einem Gewicht von 2½ Ztr. erlegt.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1002,5 Ma.
1 Schweiz. Franken	725,81 Ma.
1 franz. Franken	224,56 Ma.
1 holl. Gulden	1567,91 Ma.
Reichsindex für Lebenshaltung	218,5 Ma.
Goldumrechnungssatz für Steuern	1000 Ma.

Rentenpfennigmünzen.

Berlin, 18. Nov. Der Reichsminister der Finanzen, Dr. Luther, erläßt folgende Bekanntmachung über die Ausprägung von Münzen im Nennbetrag von 1, 2, 5, 10 und 50 Renten- pfennigen: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Ausprägung von Münzen vom 8. November werden im Einvernehmen mit der Deutschen Rentenbank Münzen im Nenn- betrag von 1, 2, 5, 10 und 50 Rentenpfennig mit folgender Maß- gabe hergestellt: Die in glattem Ring geprägten Münzen im Nennbetrag von 1 und 2 Rentenpfennig bestehen aus einer Legierung von 95 Teilen Kupfer, 4 Teilen Zinn und einen Teil Zink. Das 1-Pfennigstück erhält einen Durchmesser von 17½ Millimeter und ein Gewicht von 2 g, das 2-Pfennigstück einen Durchmesser von 20 Millimeter und ein Gewicht von 3½ g. Die Münzen tragen auf der Schriftseite innerhalb des aus flachen Stäbchen bestehenden erhabenen Randes in Antiqua in der obere- ren Hälfte die Inschrift „Deutsches Reich“ und davon durch Rosetten getrennt in der unteren Hälfte die Umschrift „Renten- pfennig“. In der Mitte steht in arabischer Ziffer die Wertbe- zeichnung „1“ bzw. „2“, die von der Umschrift durch eine er- habene Kreislinie getrennt ist. Auf der Schauseite befinden sich in der Mitte innerhalb eines aus flachen Stäbchen bestehenden erhabenen Randes eine aufrecht stehende Wehrgarbe, rechts und links davon verteilt die Jahreszahl und am unteren Rande das Münzzeichen. Die in geripptem Ring geprägten Münzen im Nennbetrag von 5, 10 und 50 Rentenpfennig bestehen aus einer Legierung von 91,5 Teilen Kupfer und 8,5 Teilen Alu- minium. Die 5-Pfennigstücke erhalten einen Durchmesser von 18 mm und ein Gewicht von 2½ g, die 10-Pfennigstücke einen Durchmesser von 21 mm und ein Gewicht von 4 g und das

50-Pfennigstück einen Durchmesser von 24 mm und ein Gewicht von 5 g. Auf der Schriftseite tragen die Münzen innerhalb des aus flachen Stäbchen bestehenden erhabenen Randes in Balken- schrift in der oberen Hälfte die Umschrift „Deutsches Reich“ und davon durch Rosetten getrennt in der unteren Hälfte die Um- schrift „Rentenpfennig“. In der Mitte umgibt ein auf die Spitze gestelltes Quadrat, dessen Seiten durch je ein Eichelblatt verzieren sind, die in arabischer Ziffer ausgedrückte Wertbezeich- nung 5, 10 bzw. 50 Pfennig. Auf der Schauseite befinden sich innerhalb des aus flachen Stäbchen bestehenden erhabenen Ran- des gekreuzte Halme mit je drei Ähren auf jeder Seite, darüber am oberen Rande das Münzzeichen, am unteren Rande, der durch einen Querstrich getrennt ist, steht die Jahreszahl.

Märkte.

(SCB.) Stuttgart, 30. Nov. Dem Dienstagsmarkt am Bleich- und Schlachthof waren zugeführt: 25 Ochsen, 8 Bullen, 58 Jungbullen, 55 Jungkühe, 155 Kühe, 223 Kälber, 54 Schweine, 295 Schafe, 1 Ziege. Unverkauft blieben 40 Kühe. Multiplikator: 1 Billion. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen: Ochsen 1. 62-65 (letzter Markt 63-65), 2. 50-60 (unv.), Bullen 1. 62-65 (61-63), 2. 48-59 (48 bis 58), Jungbullen 1. 63-66 (unv.), 2. 58-62 (unv.), 3. 50 bis 60 (unv.), Kühe 1. 55-60 (unv.), 2. 40-50 (unv.), 3. 30 bis 38 (unv.), Kälber 1. 73-75 (unv.), 2. 68-72 (68-71), 3. 64-57 (unv.), Schweine 1. 120 (unv.), 2. 110-116 (105 bis 115). Verkauf des Marktes mäßig belebt.

In Saugau kostete das Paar Ferkel 26-36 Gold- mark, in Schweningen 18-20 und Läufer 39 Gold- mark das Paar.

Die Schranne in Reutlingen notierte folgende Zentnerpreise in Goldmark: (Weizen (Zufuhr 23,46 Ztr.) 16-20, Gerste (90,17) 11-17, Haber (140,11) 9-12, Al- ber Dinkel (6,84) 15-17, Roggen (1,24) 10-13. — In Ura notierten in Goldmark: Weizen 18-21, Gerste 10 bis 18, Roggen 14, Alber Dinkel 16-20, Haber 10-12, Kernen 22. — In Croßheim N. Biberach: Kernen 16, Weizen 18, Gerste 13, Haber 11 Goldmark.

(SCB.) Oberkochen N. Aalen, 19. Nov. Bei den Sojzverkäufen aus den Staatswäldungen wurde er- st- mals in Goldmarkpreisen gesteigert. Es kamen 60 Lose zum Ausgebot, wobei 100 Wellen bis zu 4 Goldmark ge- steigert wurden. Bei einem am letzten Mittwoch stattge- fundenen Verkauf waren viele auswärtige Händler zu- gegen. Es kamen 70 Flächenlose mit Buchenen und Nadel- holzwellen und 15 Lose für Laubstreu zur Abgabe. Reis- schläge mit tannenen Wellen kosteten 100 Stück 18,40 Gold- mark, mit Buchenwellen bis 48 Mark, das Ausgebot betrug 6 bzw. 10 Mark. Größere Schläge galten 50-60 Gold- mark. Laubstreulose wurden auf 35-40 Mark gesteigert. Der Gesamterlös betrug nach Papiermark 218 Billionen.

Sprechsaal.

Für die unter Meier Rubel gebrauchten Besitztitelungen übernimmt die Schriftleitung nur die rechtserklärende Verantwortung.

Milchnot.

Daß eine Milchnot in den Städten und selbstverständlich auch Dorfschaften vorhanden ist, die nicht genügend Landwirte besitzen, welche sich der Aufgabe, Milch zu erzeugen und auch abzulie-

fern, unterziehen, ist nicht abzuleiten. Was ist die Schuld hieran und wie ist diese Notlage zu beheben, sind die beiden Fragen, an deren Lösung viele befähigte und noch mehr un- befähigte Personen ihre Köpfe zerbrechen.

Die erste Frage ist für den Eingeweihten verhältnismäßig leicht zu beantworten. Die Ursache liegt in erster Linie an der schon vor dem Kriege schlechten Rentabilität der Milcherzeu- gung gegenüber der Erzeugung anderer landwirtschaftlicher Produkte. Von vielen landwirtschaftlichen Betrieben, nament- lich von größeren Hofgütern wurde deshalb ihre Wirtschaft um- gestellt, und haben sich dieselben mehr der Getreideerzeugung zugewendet. Mangel an zuverlässigen Messern, großes Risiko sprachen dabei ebenfalls ein gewichtiges Wort mit. Während des Krieges wurde es nicht besser. Namentlich, wo vollends die Zwangswirtschaft einsetzte, Landesprobemesser ihr Unwesen trieben und hohe Strafen auf Nichtlieferung gesetzt wurden, folgten dem Beispiel der besser rechnenden Großbetriebe auch Mittelbetriebe und Kleinbetriebe nach. Abgehende Kühe wur- den und konnten zum Teil nicht mehr ersetzt werden und so ging die Zahl der Milchkuhe von Jahr zu Jahr zurück. Wo aber keine Kühe sind, gibt es auch keine Milch. Dies ändern auch nicht die schärfsten Verbote. Im Gegenteil würde bei Ein- führung irgendwelcher Zwangswirtschaft wohl vielleicht für eine kurze Spanne Zeit eine kleine Mehrlieferung erzwungen wer- den können, jedoch für die Dauer würde sie die schon erwähnten Zustände herbeiführen. Die Milchkuhe würden weniger werden anstatt mehr, wie es Gott sei Dank bei der letzten Viehzählung der Fall war. Wie kann aber die anfallende Milchmenge für die Bedarfsgemeinden erhöht werden? Diese Frage zu beant- worten ist ungleich schwieriger, muß aber im Interesse unserer Volksernährung gelöst werden.

In erster Linie muß mit allen der Regierung zur Verfügung stehenden Mitteln gesucht werden, die Zahl der Kühe zu ver- mehren und die Milcherzeugung rentabel zu gestalten. Dies kann aber nur erreicht werden durch ausreichende Bezahlung der Milch in wertbeständigem Gelde. Weiter in steuerlicher Ent- lastung, nicht Belastung landwirtschaftlicher Betriebe. Sie- durch wäre es den Landwirten möglich, Kraftfutter zu kaufen und den nachweisbaren 50 Prozent-Rückgang des Milchtrages der Kühe gegenüber der Friedensleistung zu erhöhen. Dann aber müssen auch sämtliche Landwirte, denen die Zukunft unse- res Volkes am Herzen liegt, bestrebt sein, mitzuhelfen, um diese tatsächliche Milchnot zu beheben. Mancher sog. Konjunkt- urlandwirt muß ein Opfer für die Allgemeinheit und seine Be- rufsgenossen bringen. Es geht nicht an, daß Landwirte, denen es vermöge ihres Betriebes leicht möglich ist, Kühe zu halten, noch Milch zukaufen, und daß in landwirtschaftliche Gemein- den noch Milch eingeführt werden muß. Es ist aber auch eine Schande für einen Landwirt, wenn er seine Centrifuge dazu be- nützt, um sämtliche Milch zu verbuttern und die Butter dann möglichst hoch und wertbeständig an irgend einen Schieber ab- gibt, ohne auch nur ein Liter Milch für die Allgemeinheit ab- zuliefern. Gewiß, der Landwirt braucht heute jeden Pfennig, um mitzukommen und manchem ist es direkt unmöglich, diese wünschenswerten, produktionsstörenden Steuern zu bezahlen, aber nachdem es den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft end- lich gelungen ist, daß die Milch auch wie alle anderen Artikel, Goldpreise hat und womöglich wertbeständig bezahlt werden muß, hoffen wir von unseren Landwirten des Bezirks, daß sie den letzten entbehrlichen Tropfen Milch abliefern, nicht daß der Wunsch so vieler Landwirtschaftsfeinde in Erfüllung geht und die alles erlösende Zwangswirtschaft zum Schaden unseres armen Vaterlandes wieder eingeführt wird.

W. Dingler, Vors. des landwirtsch. Vereins.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Galm. Druck und Verlag der H. Celschauer'schen Buchdruckerei, Galm.

Die Nachzahlung für III. Nov.-Viertel ist den Gehaltsempfängern am 20. Nov. 1923 überwiesen worden.

Staatsrentamt Hirsau.

An unsere Mitglieder!

Wir bitten unsere Mitglieder, die bestehenden Verord- nungen über Annahme von Papiergeld und Offenhalten der Kassen — 9-11 Uhr, 3-5 Uhr — streng zu beachten. Wer Geld vorübergehend, aber mindestens für 8 bis 14 Tage, wertbeständig anlegen will, kann dasselbe in Posten von mindestens hundert Billionen Papiermark bei der Stadt- kasse Calw vormittags einzahlen. Der Betrag wird dann zum Mittagskurs in Goldmark umgerechnet. Bei der Nach- zahlung wird dann auch der Kurs des Rückzahltags be- zahlt. Wir raten unseren Mitgliedern bei Bedarf diese günstige Gelegenheit zur sofortigen Sicherstellung der Geld- eingänge zu benutzen.

An Zahlung wird von unseren Mitgliedern von jetzt ab nur noch folgendes Papiergeld angenommen: Noten der Reichsbank und der anderen Notenbanken, Schecks der Post und Eisenbahn, Geldscheine der Sparkasse Calw und der Städte Calw, Forstheim und Stuttgart. Alle Not- und Industriefchecks werden von heute ab nicht mehr angenom- men. Selbstgeschriebene Schecks und Ueberweisungen bitten wir zu unterlassen.

Reichsbanknoten und sonstiges Bargeld sind unsern Mitgliedern am liebsten. Es macht am wenigsten Arbeit und kann sofort an die Lieferanten ohne Zinsverlust weiter- gegeben werden.

An jedermann richten wir die dringende Bitte wenigstens einen kleinen Teil der Einkäufe in wert- beständigem Geld zu bezahlen, soweit es zur Ver- fügung steht.

Nur dann wird es unsern Mitgliedern möglich sein, die Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen Bedarfs- gegenständen auch fernerhin in ausreichendem Maße zu versorgen.

Kleinhandelsbund Bezirk Calw.

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Donnerstag Abend 8 Uhr

Filmvorführung des Deutschen Auslandsinstituts „Argentinien als Einwanderungsland“ mit Vortrag. (Siehe Notiz im redaktionellen Teil.)

Landwirte!

Denkt an die Not der armen Mütter in den Städten, die für ihre Säuglinge keine Milch haben.

Denkt an die Kranken und Armen, denen heute die Milch fehlt. Liefert deshalb eure übrige Milch an die Sammelstellen ab. Wir verweisen auf den Artikel „Milchnot“ im heutigen Blatt.

Elisabeth Sannwald

Vorsitzende des Landwirtsch. Hausfrauenvereins.

Wilhelm Dingler

Vorsitzender des Landwirtsch. Bezirksvereins.

Bezirkskriegerverband Calw.

Aus der vom Bezirksobmann im Vorjahre gegründeten Stiftung „Kriegerbilfe für den Bezirk Calw“, deren Ver- mögen am 17. ds. Mts. ungefähr 300 Billionen Mark betragen hat, sollen heuer erstmalig zu Weihnachten Spenden in der vorausgeschätzten Höhe von 3,5 Billionen Mark zur Verteilung gelangen. Von den Schultheißenämtern beglau- bigte Besuche sind durch die Vereinsvorstände bis zum 8. Dezember d. J. bei dem Unterfertigten einzureichen. Nur die dringendsten Fälle können berücksichtigt werden. Die Stiftungsverwaltung: J. U.: Kühle, Bezirksobm-

Albert Hennefarth, Vorstadt 271, empfiehlt sich für

Hauslichrichtungen.

Farb. Kammern- Strickjacke und neue Damen- Halbhuhe

Größe 41, verkauft Kaufmann Schwarz, Stammheim.

Hier!

in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig. Hausgerät zu ver- kaufen!

Erstklassige Umer Doggen

setzt dem Verkauf aus. Wer, sagt die Geschäfts- stelle ds. Bl.

Ihre Vermählung zeigen an

Henry Holzäpfel
Käthe Holzäpfel
geb. Hanfmann

Bad Teinach Liebelsberg
Waterloo-Nordamerika

November 1923.

Euger

Lebensmittel-Gesellschaft m. b. H.

Niederlage Hirsau

eröffnet.

Es empfiehlt sich

Karl Busch.

Ständiges Inserieren bringt Erfolg!